

Dezentraler Aktionstag Freitag 10. Oktober 2008

Aufruf:

Gegen die Grenzen von Staat und Kapitalismus Day of Action für Bewegungs- und Bleibefreiheit

Das hier ist ein Aufruf zu einem besonderen Treffen. Der 10. Oktober 2008 wurde von verschiedenen antirassistischen Gruppen und Organisationen zum bundesweiten Aktionstag für 'Bleiberecht' erklärt. Jenseits von moralischen Mitleidsinszenierungen mit 'integrierten' Flüchtlingen wollen wir diesen Tag zum Anlass nehmen, Kräfte zu bündeln, um den Kampf für Bewegungsfreiheit und Überwindung von Herrschaft einen Ausbruch zu ermöglichen.

Bewegungsfreiheit bedeutet, jene Grenzen zu überwinden, die mit unglaublicher Repression tagtäglich Menschen foltern, töten, in Lager einsperren, für Billigtlöhne versklaven, Interessenskriege schüren...

Bewegungsfreiheit bedeutet, sich von dieser Situation zu befreien, die Möglichkeit und Perspektive auf ein besseres Leben.

Die sogenannte Flüchtlingsbewegung ist daher eine politische Bewegung, weil sie die Misere der globalen Herrschaft und ihres Zynismus radikal aufzeigt. Unser Kampf ist kein Mitleid. Es ist Solidarität und Gemeinsamkeit mit jenen Menschen, die durch ihre entschlossene Bewegung an den Grenzen Europas gegen den globalen Rassismus von kapitalistischen Nationalstaaten tagtäglich mit ihren Körpern, mit ihrem Dasein ankämpfen.

Bewegungsfreiheit bedeutet, dass ALLE überall sein können, wo sie das Bedürfnis haben, bleiben zu wollen! Bleibefreiheit.

Was sich mit aller Brutalität an den Grenzen Europas abspielt, setzt sich innerhalb deren weiter: alltäglicher Rassismus, schlecht bezahlte Arbeit, miserable Unterkünfte, Schubhaft, Folter, Mord und Abschiebung. Die Grenze ist überall.

Liebe FreundInnen. Angesichts dieser unerträglichen Situation unserer Zeit, ist es die Aufgabe einer libertär/anarchistischen Bewegung, wie zu allen Zeiten, für die Überwindung von Herrschaftsverhältnissen zu kämpfen. Das heißt hier: für Bewegungsfreiheit.

Am 11.8.2008 um 19 Uhr wird es in Wien ein Treffen zur Vorbereitung des 'Day of Action' geben. Es soll ein Raum geschaffen werden, wo unterschiedliche Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen und Standpunkte, einen Ausdruck finden können. Nehmt euren Unmut, eure Ideen und eure Kreativität mit. Es ist Zeit für ein starkes Zeichen.

Es wird anschließend zur Runde eine gemütliche Party geben, wo sich Leute mit ähnlichen Vorstellungen näher kennen lernen können, Ideen konkretisieren usw.

Das Treffen zur Vorbereitung des "Day of Action für Bewegungs- und Bleibefreiheit" findet am Mo, 11. Aug 2008 um 19:00 Uhr im "Kuku" statt.

Adresse: 1060 Wien, Linke Wienzeile 94 (U4 Pilgramgasse)

Infos: <http://no-racism.net/rubrik/353>

Tag des Bleiberechts am 10. Oktober 2008

Der 10. Oktober wurde von mehreren Organisationen zum offiziellen Tag des Bleiberechts erklärt. Die Öffentlichkeit wird aufgerufen, zu einer Debatte über eine Bleiberechtsregelung beizutragen. Dieser Beitrag versteht sich als Anregung für diese Debatte.

Im Zuge der Konferenz "Bleiberecht JETZT" am 4. April 2008 in Linz wurde vorgeschlagen, im Oktober 2008 einen Tag des Bleiberechts zu veranstalten. An der Konferenz beteiligten sich mehr als 200 Leute aus allen Teilen Österreichs. Der Vorschlag fand Zuspruch unter den Anwesenden und es gab die Idee, im Mai in Linz eine Vorbereitungskonferenz für den Aktionstag zu organisieren. Der Aktionstag soll das Vorhaben der Durchsetzung einer Bleiberechtsregelung bekräftigen. Einige AktivistInnen und Organisationen haben die Idee eines Bleiberechtstages aufgegriffen und mit den Vorbereitungen begonnen.

Am Fr, 20. Juni 2008 trafen sich um die 60 AktivistInnen und UnterstützerInnen zu einer Open Space Konferenz Bleiberecht in Wien. Dort fand ein weiterer Austausch statt und die Idee eines Aktionstages am Freitag, 10. Oktober 2008 wurde konkretisiert.

Anfang Juli 2008 wurde dann von einigen Hilfs-, Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen in Österreich der 10. Oktober 2008 öffentlich zum landesweiten "Tag des Bleiberechts" erklärt. Am 29. August veranstalteten die selben Organisation in Wien eine Mobilisierungskonferenz, um konkrete Vorhaben zu präsentieren und deren breite Umsetzung voranzutreiben.

Auf ich-verstecke-menschen.at ist zum Tag des Bleiberechts zu lesen:

Diverse NGO's (siehe unten) werden sich engagieren, aber auch viele Privatpersonen finden sich zusammen um Einfluss auf die Debatte zu nehmen. Jeder der ein Zeichen setzen will ist eingeladen sich zu beteiligen. Zum Beispiel durch das Tragen eines Stickers, das Betreiben von Fensterpolitik, das Schwenken von Transparenten, oder die Teilnahme an Aktionen der NGO's. Natürlich sind auch neue Vorschläge jederzeit willkommen (siehe 29. August, Mobilisierungskonferenz).

Die hier genannten Vorschläge sollen eine Anregung dafür sein, selbst aktiv zu werden und sich selbst konkrete Aktionen zu überlegen, zu planen und durchzuführen oder mit anderen darüber zu diskutieren.

Unterschiedliche Forderungen

Auf der Open Space Konferenz in Wien zeigte sich, dass die Forderungen der Beteiligten sehr unterschiedlich sind. Während einzelne utopisch klingende Forderungen wichtig finden, erscheinen diese für andere als kontraproduktiv. Umgekehrt stellen von einigen Organisationen genannte realpolitische Forderungen für andere eine Reproduktion der Ausgrenzung dar. Es wird wohl keinen gemeinsamen Nenner geben, da selbst die simple Forderung "Bleiberecht für alle" nicht von allen mitgetragen wird. Angemerkt sei, dass diese Forderung, die u.a. eine Rubrik auf no-racism.net bezeichnet und auf der Kampagnenseite der Sozialistische Jugend zu finden ist, einen Kompromiss bedeutet. Vor allem dann, wenn die Abschottungspolitik der EU-Außengrenzen und die Ausgrenzungspolitik im Inneren grundsätzlich in Frage gestellt werden.

Um die unterschiedlichen Zugänge und Positionen zu diskutieren, bildete sich bei der Open Space Konferenz in Wien eine Arbeitsgruppe, um eine Diskussion zu führen und Vorschläge für gemeinsame Forderungen auszuarbeiten. Zur Diskussion standen u.a. die Forderungen, die von einigen Organisationen und Gruppen zwischen den Konferenzen in Linz und Wien formuliert und als Plattform Bleiberecht veröffentlicht wurden - und auf grundsätzliche Kritik stießen. So wurde der Satz "Wer länger als fünf Jahre hier ist, kann bleiben!" generell abgelehnt.

Zur Durchsetzung eines Bleiberechts wurde die Frage aufgeworfen, ob Kompromisse eingegangen werden sollen. Die Frage ist mit einer weiteren Frage verbunden: Geht es um konkrete Rechte oder um einen humanen Gnadenakt?

Ein Bleiberecht darf nicht zu einem Privileg werden, das lediglich unter bestimmten Voraussetzungen gewährt oder versagt werden kann.

Plattform Bleiberecht Innsbruck

Eine Antwort lautet: Wenn es um konkrete Rechte geht, dann müssen diese für ALLE und OHNE AUSSCHLUSS Gültigkeit haben. Denn letztendlich wird sich immer die Frage stellen, wer denn nun über die Rechte anderer entscheidet. Dass es dabei auch um die Aufrechterhaltung von Privilegien geht, sollte nicht ausgeblendet werden: Wer ist bereit, auf Privilegien zu verzichten?

Die Zeit bei der Open Space Konferenz reichte nicht, um grundlegende Fragen entsprechend zu diskutieren. Einige der aufgeworfenen Punkte, wie ein unabhängiges Aufenthaltsrecht von Frauen, konnten kaum Gehör finden. Die einzige Forderung, auf die sich alle einigen konnten war: Weg mit dem Asyl- und Fremdenrecht 2005.

Was gilt als selbstverständlich?

In einem Selbstverständnis der Plattform für ein humanes Bleiberecht aus Innsbruck ist zu lesen:

"Indem wir für ein HUMANES Bleiberecht eintreten, sehen wir uns verpflichtet, weitreichendere Forderungen zu erheben, die momentan noch visionär erscheinen mögen. Mit diesen Überlegungen möchten wir dazu beitragen, die Diskussion über die grundsätzliche Richtung des Umgangs mit Flucht und Migration auch für Positionen zu öffnen, die manche zwar eigentlich als richtig, aber "realpolitisch" gesehen als radikal oder utopisch empfinden könnten.

Wir wissen, dass sich diese Forderungen nicht von heute auf morgen realisieren lassen werden. Wir wissen, dass es dazu einen langen Atem braucht und dass es weitreichender gesellschaftlicher Veränderungen - nicht nur in Österreich - bedarf, um die Ungleichheiten, Diskriminierungen und den Raubbau an natürlichen und sozialen Ressourcen auch im globalen Rahmen zu beenden. Statt diese Ursachen in Angriff zu nehmen, wird die EU mit großem finanziellen Aufwand zu einer "Festung Europa" ausgebaut. Die neu aufgestellten Grenzsperranlagen und ihre militärischen Organisationen wie Frontex, Rabits etc. fordern täglich Menschenleben.

Als PLATTFORM für ein humanes Bleiberecht werden wir auf der Grundlage des folgenden Programmpapiers über die Schritte, die zur Verwirklichung dieser Forderungen richtig, notwendig und konkret möglich, sowie die mittel- und kurzfristigen Ziele, die dabei zu verfolgen sind, diskutieren. Wir laden dazu ein, diese Forderungen und Vorhaben mit uns gemeinsam zu erarbeiten und diese weiteren Schritte mit uns zu gehen."

Die offizielle Position?

Auf tagdesbleiberechts.at schreiben die ARGE MigrantInnenberatung, die asylkoordination Österreich, Caritas Österreich, Diakonie Österreich, Integrationshaus, Land der Menschen, Rotes Kreuz, SOS Mitmensch und Volkshilfe Österreich:

"Hiermit erklären wir den 10. Oktober 2008 zum österreichweiten Tag des Bleiberechts. Damit wollen wir auf die Notwendigkeit einer menschenwürdigen Bleiberechtsregelung hinweisen. Wir appellieren an Wirtschaft, Politik, Interessensverbände und Zivilgesellschaft, einen Beitrag zu dieser notwendigen Debatte zu leisten."

Weiters wird aufgerufen *"sich unserer Bewegung für ein Bleiberecht anzuschließen und mitzuhelfen,*

unsere Forderungen durchzusetzen". Doch sind die dort aufgelisteten Forderungen fast ident mit jenen, die bei der Open Space Konferenz am 20. Juni in Wien von einem Großteil der Leute abgelehnt wurden.

In einem Bericht von SOS Mitmensch ist dazu zu lesen: *"Die Organisationen gehen selbst mit bereits bekannten Forderungen in die Diskussion:*

- 1) Eine menschenwürdige Bleiberechtsregelung mit Antragsrecht und Instanzenzug, wie auch vom Verfassungsgerichtshof gefordert.*
- 2) Eine Sanierung des Asyl-Rückstaus durch eine einmalige Stichtagsregelung nach fünf Jahren.*
- 3) Und "einen Kurswechsel in der Fremdenpolitik, weg von wahlpolitischen Überlegungen hin zu sachgerechten Lösungen".*

Bei SOS Mitmensch heißt es weiter: "Am 29. August richten die InitiatorInnen eine Mobilisierungskonferenz in Wien aus, bei der gemeinsame Aktivitäten für den Tag des Bleiberechts vorbereitet werden. Konkret wird bereits an einem "Weißbuch" gearbeitet, das die menschenrechtlichen und praktischen Voraussetzungen einer Bleiberechtsregelung aus Sicht der NGOs festlegt. Weiters ist ein landesweites "Sesselmeer" in Planung, das zeigen soll, dass "es nicht am Platz mangelt, sondern an den rechtlichen Rahmenbedingungen"."

Diese Konferenz kann auch eine Möglichkeit darstellen, Kritik an der "offiziellen Position" zu üben. Deshalb sei hier angeregt, sich diesen Termin vorzumerken.

Ein Blick über Grenzen

Schon bei der Konferenz im April in Linz wurde angeregt, "den Bleiberechtstag am oder um den 7. Oktober (ist heuer ein Dienstag) zu machen. Im Rahmen des Weltsozialforums in Nairobi wurde dieser Tag zum internationalen Tag der Solidarität mit MigrantInnen erklärt. Damit soll an die Ereignisse vom 7. Oktober 2005 erinnert werden, bei denen mehrere Menschen an den Grenzzäunen von Ceuta und Melilla erschossen wurden. In Verbindung mit diesem internationalen Aktionstag könnte neben dem Sichtbarmachen der österreichweiten Bestrebungen für ein Bleiberecht eine Verbindung zu den weltweiten Kämpfen für Bewegungsfreiheit hergestellt werden."

Über die Verbindung der Bleiberechtskämpfe innerhalb der EU und den Protesten außerhalb dieser würde die Formulierung der Forderungen an Klarheit gewinnen. So werden am 7. Oktober in Ceuta, Ojuda und anderen Orten in Marokko Gedenkveranstaltungen an die Ereignisse vor drei Jahren stattfinden. Zu verschiedenen Anlässen wurden von Menschen, die beim Überqueren der EU-Außengrenzen scheiterten, konkrete Forderungen formuliert. Diese beinhalten u.a. die Abschaffung des Handels mit Visa und aller Behinderungen zur Überquerung von Grenzen, die Legalisierung aller MigrantInnen ohne Papiere, die Entkriminalisierung des irregulären Aufenthalts, die Schließung aller Internierungseinrichtungen für Flüchtlinge und MigrantInnen, ein reales Recht auf Asyl, vollständige Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit usw.

Die Perspektive sollte in Hinblick auf die zunehmende Regelung der Asyl- und Migrationspolitik auf EU-Ebene und die Miteinbeziehung der Transit- und Herkunftsländer in die Abschottung Europas den nationalstaatlichen Rahmen verlassen. Denn die Forderungen der Menschen nach Bleiberecht in Österreich sind keineswegs unabhängig von den Entwicklungen an der EU-Außengrenze. Letztendlich geht es darum, das System der Festung Europa zu hinterfragen und abzulehnen. Für ein kompromissloses Recht auf Bewegungsfreiheit und Aufenthalt für Alle. Und für gleiche Privilegien für Alle. Das bedingungslose Bleiberecht für Alle ist nur ein - wenn auch zentrales - Recht. Und zumindest dieses sollte am 10. Oktober 2008 die Auseinandersetzung und Aktionen bestimmen. Auf welche Art und Weise dies geschieht und welche Forderungen die einzelnen AkteurInnen für sich selbst formulieren, muss letztendlich jede und jeder selbst entscheiden.

Quelle: <http://no-racism.net/article/2634>, 19. Juli 2008

Das Bleiberechtpaket 2008 - ... gekommen, um zu bleiben.

Plakataktion von IG Bildende Kunst und Ehe ohne Grenzen:

Von 31.7. bis 2.9.2008 an verschiedenen zentral gelegenen Fassaden und Schaufenstern Wiens.

In elf Paragraphen treten die beiden Organisationen Punkt für Punkt dem Fremdenrechtpaket 2005 entgegen, das seit 1.1.2006 die Niederlassung von MigrantInnen ohne EU/EWR-Pass in Österreich massiv erschwert bzw. verunmöglicht. Seither werden etwa frisch verheiratete EhepartnerInnen gezwungen, ihren Antrag auf Niederlassungsbewilligung (vielfach zum zweiten Mal und ohne jede Garantie) aus dem Herkunftsland zu stellen. Die Niederlassungsbewilligung für KünstlerInnen bzw. WissenschaftlerInnen wurde sogar grundsätzlich abgeschafft.

Das Bleiberechtpaket 2008 hingegen legt abgesehen vom Recht auf Antragstellung auch gleich weitere Rechte fest, die in Zukunft mit dem Rechtstitel "Humanitärer Aufenthalt" verbunden sind: Uneingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt, Transferleistungen zur Existenzsicherung etc. Ein Recht auf Humanitären Aufenthalt haben alle, die kommen, um zu bleiben - so § 5 des Bleiberechtpaketes. In Kraft treten soll das Bleiberechtpaket am 10.10.2008, jenem Tag, der dieses Jahr erstmals als dezentraler Aktionstag für ein Bleiberecht für Alle festgelegt wurde.

Sowohl das Bleiberechtpaket 2008 also auch Plakate zum dezentralen Aktionstag sind seit 31.7.2008 in den straßenseitigen Fenstern der IG BILDENDE KUNST ausgestellt. Außerdem: eine Bastelanleitung (pdf), um Textilien (Shirts, Taschen, Kappen, Mini-Transparente etc.) mit der Forderung "Bleiberecht für alle" selbst zu gestalten. Bis 2. September 2008 sind sämtliche Plakate an der Fassade der IG BILDENDE KUNST zu sehen. Weitere Orte folgen.

Plakataktion bis 2.9.2008 an folgenden Orten zu sehen:

Fassade der IG BILDENDE KUNST 1060 Wien, Gumpendorfer Straße 10-12

Fassade Büro EHE OHNE GRENZEN 1070 Wien, Zollergasse 15

Fassade GALERIE VOR ORT, 1020 Wien, Wohlmutstrasse 14-16

Fassade Werkstatt KNUTSELWERK, 1020 Wien, Novaragasse 26

Fassade DER WIENER DEEWAN, 1090 Wien, Liechtensteinstrasse 10

Aktionstag am 10.10.2008: <http://no-racism.net/rubrik/353/>

Kampagne Bleiberecht: <http://www.fensterpolitik.at>

Ehe ohne Grenzen: <http://www.ehe-ohne-grenzen.at>

IG BILDENDE KUNST - Infos Beschränkung des Aufenthalts für KünstlerInnen:

<http://www.igbildendekunst.at/service/aufenthalt>

DAS BLEIBERECHTSPAKET 2008 - ... gekommen, um zu bleiben

§ 1 Alle Personen aus so genannten "Drittstaaten", die in Österreich leben, haben ein Antragsrecht auf den Rechtstitel Humanitärer Aufenthalt.

§ 2 Der Humanitäre Aufenthalt ist mit einem uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt verbunden.

§ 3 Ein von BMI und Ländern unabhängiger Senat entscheidet über den Antrag gemäß einem Kriterienkatalog.

§ 4 Der Kriterienkatalog ist öffentlich, nachvollziehbar und menschenrechtskonform.

§ 5 Ein Recht auf Humanitären Aufenthalt haben alle, die kommen, um zu bleiben.

§ 6 Ein Recht auf Humanitären Aufenthalt haben alle Personen, die vor

In-Kraft-Treten des Fremdenrechtpaketes 2005 am 1.1.2006 einen Antrag auf Niederlassung oder Asyl gestellt haben (Stichtagsregelung)

§ 7 Drittstaatsangehörige PartnerInnen von ÖsterreicherInnen erhalten ohne Einkommensnachweis den Aufenthaltstitel Familienangehörige/r und sofortigen uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt.

§ 8 Für KünstlerInnen bzw. WissenschaftlerInnen aus so genannten Drittstaaten bewirkt das Recht auf Freiheit der Kunst bzw. der Wissenschaft wieder das Recht auf freie Wahl des Lebensmittelpunktes auf unbeschränkte Zeit.

§ 9 Allfällige Verlängerungen erfolgen nach offen dargelegten, nachvollziehbaren und menschenrechtskonformen Kriterien.

§ 10 Die Unterstützung nach Erteilung eines Rechtstitels Humanitärer Aufenthalt wird folgendermaßen geregelt:

10.1. Förderung des weiteren Integrationsprozesses

10.2. Recht auf Transferleistungen zur Existenzsicherung

§ 11 Das Bleiberechtpaket 2008 tritt mit 10.10.2008 in Kraft.

Tag ohne Abschiebung - für Bewegungsfreiheit: Wo liegt die Verbindung?

Die Proteste für Bewegungsfreiheit sind eine logische Konsequenz der Einschränkung ebendieser. Wobei nicht alle Menschen in gleicher Weise davon betroffen sind. Menschen mit EU-Pass stehen meist die Türen offen, während Leute aus sogenannten Drittstaaten mit unzähligen Schikanen zu rechnen haben, wenn sie auch nur einen Fuß in die Festung setzen wollen. Im folgenden Beitrag sind einige der Proteste für Bleiberecht und Bewegungsfreiheit in den kommenden Monaten zusammengefasst - mit der Anregung, diese als gemeinsame Proteste zu verstehen, entsprechend in den eigenen Aktionen zu berücksichtigen und aktiv zu werden.

- Am **30. August** ist 1 Tag ohne Abschiebungen, an dem in zahlreichen Städten in Deutschland Aktionen geplant sind.
- Im September gibt es Aktionen für Bleiberecht in der Schweiz mit einer Demo am **13. September** in Bern.
- Am **7. Oktober** finden als Teil der transnationalen Aktionskette zum Thema Migration in Marokko am Zaun von Ceuta Proteste gegen die EU-Abschottungspolitik statt. Dabei wird an die unzähligen Toten an den EU-Außengrenzen erinnert.
- Am **10. Oktober** ist dezentraler Aktionstag für Bewegungs- und Bleibefreiheit mit zahlreiche Protesten in ganz Österreich.

Warum diese Proteste nicht verbinden? Immerhin geht es überall gegen die rassistische Ausgrenzungspolitik.

Für Wien wäre da der Vorschlag, Freitag den 29. August 2008, an dem die Bleiberechtskonferenz zur Vorbereitung des Aktionstages im Oktober stattfindet, für Aktionen im Zusammenhang mit dem Tag ohne Abschiebungen zu nutzen. Die Konferenz dauert laut Programm von 11:30 bis 17:00 - bleibt davor und danach also genügend Zeit, um Worte in Taten umzusetzen und den Protest auf die Straße zu tragen. Egal ob nun eine Demo, ein Infotisch oder was auch immer stattfindet, rein symbolisch könnte hier schon einiges thematisiert werden.

Dieser Vorschlag steht zur Diskussion. Eine Möglichkeit, sich damit zu befassen ist das lokale Treffen zur Vorbereitung für Oktober am 25. August 2008 in Wien. Im Aufruf für eine Day of Action für Bewegungsfreiheit und Bleibefreiheit am 10. Oktober ist zu lesen:

"Jenseits von moralischen Mitleidsinszenierungen mit "integrierten" Flüchtlingen wollen wir diesen Tag zum Anlass nehmen, Kräfte zu bündeln, um den Kampf für Bewegungsfreiheit und Überwindung von Herrschaft einen Ausbruch zu ermöglichen.

Bewegungsfreiheit bedeutet, jene Grenzen zu überwinden, die mit unglaublicher Repression tagtäglich Menschen foltern, töten, in Lager einsperren, für Billigtlöhne versklaven, Interessenskriege schüren ... Bewegungsfreiheit bedeutet, sich von dieser Situation zu befreien, die Möglichkeit und Perspektive auf ein besseres Leben.

Die sogenannte Flüchtlingsbewegung ist daher eine politische Bewegung, weil sie die Misere der globalen Herrschaft und ihres Zynismus radikal aufzeigt. Unser Kampf ist kein Mitleid. Es ist Solidarität und Gemeinsamkeit mit jenen Menschen, die durch ihre entschlossene Bewegung an den Grenzen Europas gegen den globalen Rassismus von kapitalistischen Nationalstaaten tagtäglich mit ihren Körpern, mit ihrem Dasein ankämpfen."

Der Anspruch Grenzen zu überwinden bedeutet auch, die Kämpfe für Bewegungsfreiheit, die überall stattfinden, miteinander zu verbinden. Auf diese Weise können Grenzen überwunden werden. Auch wenn diese Überwindung von Grenzen nur einen symbolischen Akt darstellt, macht sie doch deutlich, dass sich die Proteste nicht auf einige wenige Menschen beziehen, sondern letztendlich alle in irgendeiner Art und Weise betreffen. Sowohl Männer als auch Frauen! Denn nicht alle verfügen über die gleichen Privilegien, die ein EU-Pass, die entsprechende "Mischung des Blutes", das Geschlecht oder der Inhalt der Geldbörse verleihen. Ein Kampf für Bleiberecht und Bewegungsfreiheit ist letztendlich immer auch ein Kampf für gleiche Rechte. In anderen Worten ist es ein Kampf mit dem Ziel gleicher Privilegien für Alle!